

«Wir sollten die Leute dafür bezahlen, dass sie ins Gymi gehen»

Bildungsexpertin Gita Steiner-Khamsi vergleicht Schulsysteme weltweit. Die Schweiz könne von Skandinavien lernen und mit Stipendien Anreize schaffen, sodass die Leute Fächer studieren würden, welche die Wirtschaft brauche.

Nina Fargahi

Frau Steiner-Khamsi, Sie befassen sich mit globalen Bildungssystemen. Wo steht die Schweiz im internationalen Vergleich?

Das duale Berufsbildungssystem — die Lehrlinge verbringen die halbe Zeit im Betrieb, die halbe Zeit in der Ausbildung — ist zum Inbegriff von Swissness geworden. Es wird sogar im Rahmen der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in alle Welt als Erfolgsmodell «exportiert». Was jedoch vergessen wird, ist die Swissness der Quartierschule. Die Tatsache, dass ein Kind dort zur Schule gehen kann, wo es wohnt, und dass diese Volksschulen überall gleich gut und kostenlos sind, ist ein Grundpfeiler der Schweizer Gesellschaft. Für die Bevölkerung ist das von grosser Bedeutung.

Gleichzeitig kämpfen unsere Schulen mit vielen Problemen. Lehrkräfte kritisieren zum Beispiel, dass sie zu viel Zeit mit Bürokratie verbringen statt mit den Schülerinnen und Schülern.

Die Bürokratie in den Schulen ist zu einem Problem geworden, viele Schulleitungen bestehen aus Managern, es gibt mehr Arbeit in Komitees, mehr Ausschüsse, mehr Berichte. Jede Bürokratie erzeugt wieder mehr Bürokratie.

Woher kommt diese Entwicklung?

Die Idee der grossen Bildungsreformen war ja, dass die Lehrpersonen für die Schulleistungen und den Lernerfolg der Kinder verantwortlich sind. Die Devise war: Die Regierung soll aufhören, Mikromanagement in den Schulen zu betreiben. Sie soll den standardisierten Lehrplan 21 verabschieden und dann das Erreichen von Lernzielen kontrollieren. Früher ging es in der Bildungsdirektion darum, Klassengrößen, Lehrmittel und die Qualifikation der Lehrenden zu regulieren. Heute ist das anders. Wenn eine Schule will, kann sie auch unqualifizierte Lehrpersonen anstellen.

Das kritisiert der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer: Die Bildungsqualität sei gefährdet, weil vor den Klassen Lehrpersonen ohne angemessene Qualifizierung stünden. 1000 «unqualifizierte» Lehrerinnen und Lehrer sollen im Kanton Bern derzeit angestellt sein, im Kanton Zürich rund 620.

Der Mangel an Lehrpersonen ist seit einiger Zeit ein weltweites Problem. Die vergleichende Bildungsforschung kann dazu einige Lösungsvorschläge bieten. Viele Länder, wie auch die Schweiz, sind dazu übergegangen, eine berufsbegleitende Lehrerausbildung anzubieten. Anderenorts werden bestimmte Aufgaben an Personen ohne Lehrdiplom delegiert — zum Beispiel Berichte schreiben oder Aufgaben korrigieren —, damit



«Lehrpersonen im Kindergarten müssten mehr verdienen als solche auf Gymnasialstufe»: Gita Steiner-Khamsi. Foto: Urs Jaudas

sich die Lehrperson auf das «Kerngeschäft» konzentrieren kann. Es braucht ein Massnahmenpaket, um längerfristig den Mangel zu lösen.

Wirtschaftsprofessor Mathias Binswanger kritisiert, dass wir hierzulande bestimmte Berufe «verakademisieren» und allgemein zu wenige Handwerker ausbilden. Stimmen Sie ihm zu?

Ich schätze Herrn Binswanger sehr, aber die Zahlen zeigen etwas anderes: Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Berufswahlanteile. 65 Prozent wählen die Berufsschule und nicht das Gymnasium. Gemäss Bundesamt für Statistik sind es bei den Frauen 58 Prozent, bei den Männern 72 Prozent. Hinzu kommt: 60 Prozent der Berufe, die eine Tertiärausbildung voraussetzen, also Uni-, Hochschule- oder PH-Abschluss, werden von Ausländerinnen und Ausländern aus europäischen Staaten besetzt. Wir haben echt ein Manko an hoch qualifizierten Schweizern.

«Wir haben ein Manko an hoch qualifizierten Schweizern.»

Liegt der Mangel auch daran, dass viele Hochqualifizierte nur Teilzeit arbeiten?

Wir bilden einfach nicht genug aus. Wir brauchen auch viel mehr Naturwissenschaftler, Juristinnen, Ärzte. Wir haben eine riesige Lücke, die sich in den hoch qualifizierten Berufen zeigt.

wöchentliche Arbeitszeit kürzer und die Mittagsbetreuung an Schulen besser, sodass Berufstätige mit Familie sich nach Schul- und Arbeitschluss um ihre Kinder kümmern können.

Wie funktioniert das konkret? Würden bereits die Gymischüler und Studentinnen einen Lohn erhalten?

Gymischüler erhalten zwar keinen Lohn, aber man schafft Anreize auf der Universitätsstufe durch Stipendien für Fächer, die unterbelegt sind und vom Arbeitsmarkt benötigt werden. Zudem wird das Potenzial von Frauen, die über einen Tertiärsabschluss verfügen, aber nicht im Arbeitsmarkt tätig sind, gezielter genutzt.

Wie liesse sich das finanzieren? Skandinavien hat ja viel höhere Steuern als die Schweiz.

Gemäss einer Arbeitsmarktstudie vom Seco aus dem Jahr 2021 lassen sich heute 65 Prozent der Personen mit einer beruflichen Grundbildung weiter ausbilden. Personen mit einem Berufs-

abschluss und anschliessender Hochschulbildung machen heute 7 Prozent aller Beschäftigten aus. Noch vor 20 Jahren waren es nur 1,5 Prozent. Wenn man also die Gymnasialquoten nicht künstlich tief halten würde, gäbe es einige, die auf direktem Weg in die Tertiärbildung einsteigen anstatt auf dem Umweg eines Berufsabschlusses. Dies bedeutet Kosteneinsparungen für den Staat, die dann gezielt eingesetzt werden könnten, um finanzielle Anreize zu schaffen für Studierende in Berufsbranchen mit einem Fachkräftemangel, die ein Hochschulstudium voraussetzen.

Ist die Kritik an der Akademisierung von gewissen Berufen legitim? Braucht eine angehende Kindergärtnerin einen «Bachelor of Arts in Preprimary und Primary Education»?

Lehrpersonen im Kindergarten müssten mehr verdienen als solche auf Gymnasialstufe! Zumindest wenn es nach den Neuro- und Lernpsychologen geht. Kindergärtnerinnen sind

die Wichtigsten überhaupt. Dass die Frühkinderziehung massgebend ist für die spätere Lernfähigkeit, wurde schon tausendfach bewiesen. Ausserdem ist die Kindergärtnerin heute nicht nur zuständig für den Kindergarten, sie kann auch die ersten zwei Jahre in der Primarschule unterrichten. Warum schneidet Finnland bei der Pisa-Studie immer so gut ab?

Sagen Sie es uns.

In Finnland werden die Lehrpersonen an den Universitäten ausgebildet, und zwar in fünfjährigen Masterstudiengängen. Dort gehört es zum pädagogischen Auftrag, das Einzelkind wahrzunehmen, seine Begabung und Schwächen zu sehen und es in seiner Besonderheit zu fördern. Denn jedes Kind hat andere Potenziale, man kann keine Schablone anwenden.

Dieser pädagogische Ansatz ist auch in der Schweiz üblich.

Auch hierzulande ist die Menge an Stütz- und Fördermassnahmen für das einzelne Kind enorm. Es ist jedoch wichtig, dass sich Lehrpersonen in ihrem Beruf weniger gestresst fühlen und sich beruflich verwirklichen können. Die Bildungsforschung in der Schweiz sollte viel gezielter Politikberatung betreiben, denn längerfristig ist die Stressverminderung und Berufsidetität die einzige Lösung, um den Lehrpersonenmangel nachhaltig zu beheben.

Wenn Sie die Schweiz mit anderen Ländern vergleichen: Wie gross ist hierzulande die Chancengleichheit zwischen Kindern aus Akademikerfamilien und solchen, deren Eltern zum Beispiel Flüchtlinge oder Migranten sind?

In allen OECD-Ländern, inklusive der Schweiz, schneiden Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bei den Pisa-Leistungsmessungen im Schnitt um 10 Prozent schlechter ab als einheimische Schüler und Schülerinnen. Entweder aus sprachlichen Gründen, weil die Eltern ihre Kinder zu wenig schulisch unterstützen oder sich gegen Fehlentscheide nicht genügend wehren können. Es gibt jedoch grosse kantonale Unterschiede nach dem Prinzip: Die verfügbaren Plätze geben den Ausschlag, wo Schüler platziert werden. Besteht in einem Kanton ein grosses Angebot an Gymnasiumsätzen, kommt dies den Kindern mit Migrationshintergrund zugute. Verfügt umgekehrt ein Kanton über separate Einrichtungen, wie beispielsweise Sonderschulen, werden diese mit Kindern mit Migrationshintergrund «gefüllt», weil sich einheimische Eltern in der Regel erfolgreich gegen diese Einrichtungen wehren. Wir reden in der Forschung von «struktureller Ungleichheit», weil die Verfügbarkeit von Schulstrukturen das Schicksal von Schülern aus benachteiligten Schichten bestimmt.